

Die «Grossmutter», die Botschafterin und das komplizierte Verhältnis zwischen Genf und Wien

Steckt hinter einem ungewöhnlichen Diplomaten-Protest mehr als die Empörung über eine verunglückte Schlagzeile?

ANTONIO FUMAGALLI, LAUSANNE

Diese reichlich skurrile Geschichte beginnt mit einem Titel – einem missratenen. «Diese Grossmutter wird neue Chefin der Welthandelsorganisation», stand am 9. Februar in den CH-Media-Zeitungen über einem Porträt der Nigerianerin Ngozi Okonjo-Iweala, die soeben als erste Frau an die WTO-Spitze gewählt worden war. Die Reaktionen liessen nicht lange auf sich warten: Auf Twitter wurde daran erinnert, dass man Okonjo-Iweala besser als Harvard-Ökonomin bezeichnet hätte und kein Mann je auf sein Grossvater-Dasein reduziert würde. So weit, so verständlich.

CH-Media sah den Fehler umgehend ein. Der publizistische Leiter entschuldigte sich öffentlich, in der Online-Version des Artikels wurde der Titel abgeändert und mit einer zweisprachigen Fussnote versehen; in der Print-Ausgabe erschien am Folgetag ein Korrigendum. Damit hätte die Sache erledigt sein können – in Tat und Wahrheit begann sie erst wirklich.

Shitstorm gegen den Autor

Der Autor des Artikels, ein freier Journalist mit Sitz in Genf, sah sich fortan einem Shitstorm ausgesetzt. Aus allen Ecken des Landes, später aus allen Weltgegenden, erhielt er Zuschriften, die ihn teilweise auf üble Weise angriffen. Er wurde als Rassist beschimpft und erhielt gar Drohungen. Schlafen konnte er zeitweise nicht mehr. Die Reaktionen waren so zahlreich, dass er unmöglich allen Personen antworten und sie auf die Hintergründe des «Grossmutter-Gate» aufmerksam machen konnte. Denn: Mit dem missglückten Titel hatte er nichts zu tun gehabt, dieser wurde – wie es bei Texten von externen Journalisten regelmässig vorkommt – von der Zentralredaktion gesetzt. Ende Februar verfasste CH-Media also ein Schreiben zuhnden des Autors, das ihm dessen «Unschuld» attestierte und das er zu seiner Verteidigung verwenden durfte.

In der Zwischenzeit hatte die Schlagzeile längst die Runde um den Erdball gemacht. Es dürfte wohl zum ersten Mal gewesen sein, dass sich etwa das nigerianische Medium «The Cable» mit einem Artikel der «Aargauer Zeitung» auseinandersetzte. Den entscheidenden Schub erhielt die Posse jedoch erst, als am 23. Februar der renommierte «Guardian» die Geschichte aufnahm. Die britische Tageszeitung gehört in Genfer Diplomatenskreisen zur Pflichtlektüre.

Wenige Tage später traf auf der Zentralredaktion von CH-Media ein Leserbrief der besonderen Art ein: Nicht weniger als 124 Botschafter und Vorsteher von internationalen Organisationen drücken



Ngozi Okonjo-Iweala an ihrem ersten Amtstag als Generaldirektorin der Welthandelsorganisation in Genf.

BRYAN LEHMANN / WTO

darin ihre Empörung über den «Grossmutter»-Titel aus und bedauern, dass der Artikel sowohl für Ngozi Okonjo wie auch für die Welthandelsorganisation selbst «etwas abwertend» klinge. Auffällige Abwesenheit unter den Unterzeichnerstaaten: die Schweiz. Die Pressesprecherin der Schweizer Uno-Mission in Genf sagt dazu, dass sich die Schweiz bereits zuvor im Rahmen einer journalistischen Anfrage zum Thema geäussert habe. Damals betonte der Chef der WTO-Mission die Medienfreiheit und erinnerte daran, dass die Auswahl der Worte Bedeutung habe.

Am 1. März, dem Tag ihres Amtsantritts, sprang auch noch die neue WTO-Chefin Okonjo-Iweala höchstpersönlich auf den Zug auf. Ihren 1,6 Millionen Twitter-Followern teilte sie mit, sie sei ihren «Schwestern, Uno-Leaderinnen und 124 Botschaftern» dankbar, dass diese die «rassistischen und sexistischen Bemerkungen» in der Schweizer Zeitung angeprangert hätten – und machte gleich auch noch Werbung für ein Buch, das sie mitverfasst hatte. Den Tweet setzte sie drei Minuten nach Mitternacht ab. Es dürfte in der Geschichte der WTO einmalig sein, dass der oder die neue Vorsitzende mit einer Medienschelte ins Amt startete.

Am Ursprung des Protestschreibens steht Elisabeth Tichy-Fisslberger, die

Botschafterin Österreichs bei der Uno in Genf. Ihre Vertretung hat den Brief aufgesetzt und die beachtliche Anzahl an Mitunterzeichnern zusammengetrommelt. 2020 stand die arrierte Diplomatin dem Menschenrechtsrat vor, auf ihrer Homepage wird sie als «Gender Champion» bezeichnet. Ihr Ärger über die Reduzierung Okonjo-Iwealas als Grossmutter war sicherlich ehrlich empfunden.

«Starke Belastungsproben»

Welche Rolle aber spielt die Tatsache, dass Tichy-Fisslberger Österreich repräsentiert? Klar ist: Mit seiner Uno-City steht Wien seit je in Konkurrenz zum internationalen Genf. Der Historiker Florian Keller, der den Studiengang CAS Foreign Affairs & Applied Diplomacy an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften leitet, hat sich ausgiebig mit dem zuweilen turbulenten Verhältnis zwischen den beiden Uno-Standorten auseinandergesetzt. In einer Publikation über die regelmässigen Treffen der beiden Aussenminister schreibt er, dass das Streben Österreichs, nach dem Zweiten Weltkrieg ein Zentrum für internationale Organisationen zu werden, «die freundschaftliche Beziehung zwischen der

Schweiz und Österreich unter starke Belastungsproben stellte».

In der Vergangenheit betrafen die Streitpunkte oftmals internationale Organisationen, die in Wien angesiedelt wurden (wie jene für industrielle Entwicklung oder die Opec) oder bei denen entsprechende Umzugspläne bestanden (wie bei der Wirtschaftskommission für Europa oder der Organisation für Meteorologie), die dann wieder verworfen wurden. 2015 rangen die beiden Städte um das Sekretariat des Waffenhandelsvertrags, wobei Genf das Rennen machte. Zuletzt sorgte das umstrittene «König-Abdullah-Zentrum für interreligiösen und interkulturellen Dialog» für Polemik, das gemäss österreichischen Quellen von Wien nach Genf umziehen sollte – was bisher allerdings nicht geschehen ist. Genfer Diplomaten betonen, dass es zwischen der Schweiz und Österreich ein «Gentleman's Agreement» gebe, wonach man sich nicht (mehr) gegenseitig Institutionen abzuwerben versuche. Die Konkurrenz zu Städten in anderen Weltregionen, die mit ungemein attraktiven Rahmenbedingungen um diplomatische Bedeutung ringen, sei stärker spürbar.

Dass sich Wien allerdings nicht mit dem Status quo zufriedengibt, zeigen

die jüngsten politischen Entwicklungen. Der österreichische Nationalrat hat am 24. Februar – also zur selben Zeit, wie die Botschafterin in Genf Unterschriften für den Protestbrief sammelte – das sogenannte Amtssitzgesetz verabschiedet. Dessen Ziel: die Erhöhung der Attraktivität Österreichs als internationaler Amtssitz- und Konferenzstandort. Konkret soll das Gesetz «die Ansiedlung und die Tätigkeit internationaler Organisationen und Einrichtungen sowie die Abhaltung internationaler Konferenzen in Österreich» fördern. Dass Genf ein möglicher Leidtragender sein könnte, falls die Wiener Expansionsabsichten erfolgreich sind, liegt auf der Hand.

Die implizite Drohung

Wollte Botschafterin Tichy-Fisslberger also zwei Fliegen auf einen Streich schlagen, als sie den Protestbrief wegen des «Grossmutter»-Titels aufsetzte? Ihr Schreiben bezieht sich jedenfalls nicht ausschliesslich auf den redaktionellen Lapsus, sondern stellt auch eine Verbindung zum Gaststaat Schweiz her – was Fragen zu ihrem Verständnis von Medienfreiheit aufwirft. Wörtlich heisst es im Brief, dass die Unterzeichner «unter Bedachtnahme auf den Sitz zahlreicher internationaler Organisationen in der Schweiz nur empfehlen, über vergleichbare Vorgänge in Zukunft etwas sachlicher, ausgewogener und – wo erforderlich – mit mehr Fingerstutzgefühl zu berichten».

Der Historiker Keller will der österreichischen Diplomatin nicht unterstellen, eine klare Strategie zum Schaden Genfs zu verfolgen. Er reiht den Brief aber in die «Tradition von bilateralen Streitgesprächen rund um den Konkurrenzkampf zwischen Wien und Genf» ein. Man habe damit wohl ausdrücken wollen, dass man von der Schweiz Wertschätzung für die Präsenz vor Ort erwarte. «Wenn es nur um die Titelsetzung einer Regionalzeitung gegangen wäre, hätte ein Telefonanruf genügt», sagt er.

Botschafterin Tichy-Fisslberger ihrerseits wehrt sich auf Anfrage vehement dagegen, mit dem Brief eine «hidden agenda» verfolgt zu haben. Die Tatsache, dass dieser von mehr als 120 Vertreterinnen und Vertretern von Ländern aus allen Weltregionen unterzeichnet worden sei, spreche für sich und mache «schon an sich deutlich, dass die Unterstellung, der Brief könnte gegen Genf als Standort internationaler Organisationen gerichtet sein, jeder sachlichen Grundlage entbehrt», schreibt sie. Die Schweiz und Österreich verbinde «neben exzellenten bilateralen Beziehungen» seit vielen Jahren auch der «wechselseitige Respekt für Standort- und Amtssitzinteressen des jeweiligen Nachbarn».

Ein Ständerat muss nach Hause

Während der Märzsession können die Politiker zweimal pro Woche einen Corona-Spucktest machen – beim Urner Josef Dittli fiel er positiv aus

CHRISTOF FORSTER, BERN

Ein erster Test am Montag war noch negativ. Am Mittwoch liess sich Josef Dittli wieder testen – und prompt fiel das Resultat positiv aus, wie der Urner FDP-Ständerat dem «Blick» sagte. Seine Probe gab er am Morgen vor Sessionsbeginn ab. Um 14 Uhr 20 erhielt er eine SMS mit der Nachricht. Er ging zurück ins Hotel und packte seine Sachen. Danach fuhr er im Sondertransport nach Hause, wie Dittli auf Anfrage sagte.

Damit positiv Getestete nicht den ÖV benutzen müssen, organisieren die Parlamentsdienste für solche Fälle einen VW-Bus mit Chauffeur. Jetzt ist der Politiker in Isolation in einer Ferienwohnung in Andermatt. Wenn er Glück hat, darf er in der dritten Sessionswoche wieder zurück nach Bern. Bis jetzt verspürt Dittli

keinerlei Symptome. Sein Beispiel zeigt, dass solche grossangelegten Tests sinnvoll sind. Ohne das entsprechende Programm im Bundeshaus hätte sich der Ständerat nicht testen lassen, weil er keine Corona-Symptome hatte. Er wäre in Bern geblieben und hätte womöglich andere Personen angesteckt. Wo er sich infiziert hat, weiss er nicht. Er habe sich an die Schutzmassnahmen gehalten. Beim Nachtessen habe die Distanz am Tisch mehr als 1,5 Meter betragen.

Nur Dittlis Frau in Quarantäne

In den sozialen Netzwerken wurde bereits herumgebeten, dass nun der halbe Ständerat in Quarantäne müsse. Für solche Entscheide sind laut den Parlamentsdiensten die kantonalen Behörden zuständig, bei Dittli die Urner Contact-Tra-

cer. Sie beurteilen, ob im Einzelfall die Schutzmassnahmen eingehalten wurden.

Das Bundeshaus verfügt über ein Schutzkonzept mit Plexiglasscheiben zwischen den Ratsmitgliedern und Maskenpflicht. Er habe im Bundeshaus keinen nahen Kontakt ohne Schutzvorkehrungen gehabt und habe deshalb niemanden dort dem Contact-Tracing melden müssen, sagte Dittli. Ruedi Noser, sein unmittelbarer Pultnachbar, war zudem bereits Anfang Jahr mit dem Virus infiziert. Einzig Dittlis Frau ist jetzt wegen seiner Infektion in Quarantäne.

Die Bundesparlamentarier können sich in der Frühlingssession erstmals und unkompliziert testen lassen. Zweimal pro Woche können sie eine Speichelprobe abgeben, die dann auf Corona untersucht wird. Das Angebot wurde nur gut zur Hälfte genutzt. In der ersten Sessions-

woche wurden 250 Tests gemacht. Wenn sich jeder Parlamentarier zweimal hätte untersuchen lassen, wären 496 Tests eingegangen. Gegenüber SRF sagte SVP-Nationalrat Marcel Detting (Schwyz), er fühle sich fit und mache deshalb keinen Test. Er wolle als Parlamentarier keine Sonderbehandlung beanspruchen.

Analyse im Labor

Die Teilnahme an den Tests ist freiwillig, wird aber «dringend empfohlen», wie es in einem Brief der Parlamentsdienste heisst. Ziel ist es, angesteckte Personen ohne Symptome frühzeitig zu erkennen und das Risiko eines lokalen Ausbruchs während der Session zu senken. Nicht nur Parlamentarier, auch andere Personen wie Sicherheitsleute oder Journalisten, die sich im Bundeshaus aufhalten,

können die Tests beanspruchen. Die Kosten von rund 100 Franken pro Test übernimmt der Bund.

Das Resultat erhalten die Getesteten einige Stunden nach Abgabe der Speichelprobe. Den Spucktest entwickelt hat die Berner Firma Ender Diagnostics. Auf die gleichen Tests setzen auch der Flughafen Zürich und der Kanton Bern im Testzentrum Wankdorf. Wie der Nasen-Rachen-Abstrich wird auch die Speichelprobe mit der PCR-Methode auf Sars-CoV2-Viren untersucht. Der Test sei fast genauso sicher wie ein Rachenabstrich und viel sicherer als der Antigen-Schnelltest, sagt der Ender-Chef Tim Pfister. Er erkennt auch die Virusvarianten aus Grossbritannien, Südafrika und Brasilien zuverlässig. Es handelt sich dabei nicht um einen Selbsttest, die Analyse erfolgt im Labor.